

Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Bierraden

Fernsprecher Nr. 342.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle in Schwedt, Brückenstraße 3, 1,25 M. für den Monat, 35 Pf. für die Woche; bei Lieferung durch unsere Boten in Schwedt frei ins Haus 1,43 M. für den Monat. Für Postbezug das übliche Bestellgeld. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Schwedt.



Anzeigen werden mit 20 Pf. für die einpaltige Zeile berechnet. Die Reklamezeile kostet 60 Pf. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder Stellen sowie für telephonisch aufgegebenen oder undeutlich geschriebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Bei zwangsweiser Eintreibung kein Rabatt. Anzeigenschluß 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden am Vortage erbeten.

Postcheckkonto Berlin 39142.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. D. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. D.

Nummer 285

Mittwoch, den 6. Dezember 1933

40. Jahrgang

Das Ende des „trockenen“ Amerika

Die „Totenfeier“ der Prohibition.

Amerikas Start in die „Alkoholfreiheit“.

In New York wurden umfassende Vorbereitungen getroffen, um die „Totenfeier“ der Prohibition in würdiger Form zu begehen. In den Hotels, Nachtclubs, Restaurants, in allen Kneipen und in den Privathäusern wird zum erstenmal seit fast vierzehn Jahren dem Gott des Weines, Bacchus, wieder geopfert werden. New York, das auch in der Zeit des Alkoholverbotes eigentlich nicht mit Trinken aufgehört hat, wird nun aber den Wein, das Bier und die zahllosen Cocktails und Mixed Drinks zum erstenmal wieder mit gutem Gewissen zu sich nehmen können.

Es ist auch Vorsorge getroffen, daß es an einer echt amerikanischen Kundgebung nicht fehlt. Ein Mann namens Decassers hat sich vorgenommen, das erste Glas Alkohol „legal“ zu trinken. Von dem Büro der großen amerikanischen Nachrichtenagentur United Press wird ein besonderes Kabel in ein großes Hotel geleitet, wo Benjamin Decassers auf die Nachricht wartet, daß der Staat Utah das neue Alkoholgesetz ratifiziert und damit die Entscheidung für die Abschaffung der Prohibition gegeben hat. Sofort nach Eingang dieses Telegramms wird Decassers das Glas Alkohol hinunterstürzen und United Press wird die gesamte amerikanische Presse eine Sekunde darauf von diesem hochbedeutenden Ereignis unterrichten.

Amerika endgültig „naß“!

Der amerikanische Bundesstaat Utah hat als 36. Staat der Union seine Zustimmung zur Abschaffung der Prohibition gegeben. Damit ist die endgültige Entscheidung über Amerikas Alkoholfreiheit gefallen und die Bürger der Vereinigten Staaten können das bedeutende Ereignis endlich gebührend „beglehen“.

Ausscheiden der katholischen Geistlichkeit Österreichs aus der Politik.

Niederlegung aller politischen Mandate. Wie aus Wien gemeldet wird, hat die letzte österreichische Bischofskonferenz einen sensationellen Beschluß gefaßt, in dem es heißt:

Nach reiflicher Erwägung, ob es günstig oder ungünstig sei, daß katholische Geistliche unter den gegenwärtig besonders heiklen politischen Verhältnissen als politische Mandatäre sich weiter betätigen, hat die österreichische Bischofskonferenz den Beschluß gefaßt, die für die Ausübung des Mandates erforderliche bischöfliche Zustimmung vorübergehend und allgemein zurückzunehmen. Seine hochwürdigen Herren, die Mandatäre Nationalräte, Bundesräte, Landtagsabgeordnete oder Landesräte, Gemeinderäte oder Gemeindevorstandsglieder innehaben, werden hiermit aufgefordert, ihr Mandat bis zum 15. Dezember laufenden Jahres niederzulegen. Dasselbe gilt von jeder führenden politischen Stellung. Geistliche, die sich sonst politisch betätigen wollen, bedürfen der besonderen Erlaubnis ihres zuständigen Ordinarius.

Ausweichende Antwort Englands auf Irlands Freiheitsbegehren.

Im Englischen Unterhaus fand eine große Irland-Debatte statt, in deren Verlauf Dominionsminister Thomas den Inhalt der Note des irischen Ministerpräsidenten de Valera, die sich bekanntlich mit der Frage der Selbständigmachung Irlands gegenüber Großbritannien befaßt, bekanntgab. Thomas wies ferner die jetzt an de Valera übermittelte Antwort Englands mit, die in einem ziemlich ausweichendem Ton abgefaßt ist.

Der Inhalt der Note de Valeras.

In der Note des irischen Ministerpräsidenten heißt es u. a.: Das irische Volk habe nie als freiwillig die Mitgliedschaft des englischen Weltreiches angestrebt. Irland habe sich vielmehr unter dem Druck materieller Gewalt der englischen Herrschaft gebeugt und habe den englisch-irischen Vertrag von 1921 nur angenommen, weil England mit sofortiger Kriegserklärung drohte. Es habe den Vertrag aber nicht als endgültige Regelung seiner Beziehungen zu England angenommen, um so weniger, als England aus dem Vertrag ein ständiges Recht herleitete, sich in die verfassungsmäßige Entwicklung Irlands einzumischen.

Eine dauernde Freundschaft könne auf der Grundlage der gegenwärtigen englisch-irischen Beziehungen nicht erreicht werden.

Die irische Regierung entnimmt aus einer Erklärung des Ministers Thomas, daß auch die englische Regierung die Idee einer erzwungenen Verbindung anerkennt, und daß sie beschlossen hat, einen Beschluß des irischen Volkes, sich von dem Weltreiche zu trennen, nicht als Kriegsgrund oder als Vorwand für eine sonstige aggressive Aktion zu betrachten.

In der englischen Antwortnote

heißt es an der entscheidenden Stelle: Da die englische Regierung der Auffassung der irischen Note nicht zustimmen könne, daß eine dauernde Freundschaft auf der Grundlage der gegenwärtigen Beziehungen nicht möglich ist, so finde sie kein Grund, weshalb sie eine Frage beantworten sollte, die von dieser Auffassung ausgeht. Die englische Regierung könne nicht glauben, daß die Freistaatsregierung den endgültigen Widerruf ihrer Vertragsverpflichtungen erwäge.

„Deshalb kann die englische Regierung nicht sagen, welche Haltung sie beim Eintritt von Umständen einnehmen wird, die sie als rein hypothetisch betrachtet.“

Die Note schließt mit der Feststellung, daß Irland in seinem eigenen Interesse sowie im Interesse des Friedens am besten fahren würde, wenn es weiterhin als gleichberechtigtes Mitglied des englischen Weltreiches mitarbeitete.

SA-Männer dürfen keinen politischen Klubs angehören.

Der „Völkische Beobachter“ veröffentlicht folgende Verfügung des Stabschefs:

Der Chef des Stabes verbietet durch eine neuerliche Verfügung allen Angehörigen der SA, SS und SAJ, die Zugehörigkeit zu irgendwelchen Klubs oder ähnlichen Vereinigungen, die sich nach der nationalsozialistischen Revolution nun auffallenderweise wieder gebildet haben, in dem öffentlichen Bestreben, alte politische Beziehungen wieder aufzunehmen und wachzuhalten.

Es widerspricht dem Sinn und Geist der Volksgemeinschaft, sich in kleinen Sondergruppen, die meist der Standesabspaltung entsprechen, abzusondern. Der SA-Mann findet die wahre und uneigennützig Kameradschaft in seiner Einheit und erlebt dort die Volkserhebung. Auch ein Bedürfnis nach politischer Belehrung von Seiten solcher Klubs muß verneint werden. Für diese Aufgaben sind ausschließlich die Gliederungen der NSDAP, da, die heute weniger denn je eine Befruchtung von privater Seite brauchen.

Alle diese Zusammenschlüsse wollen vielfach nur durch „persönliche Beziehungen“ mühelos erschleichen, was der ehrliche Kämpfer in der Schule der SA hart erwerben muß. Für die Führer aber sind solche außerdienstliche Zugehörigkeiten in vielen Fällen ein Hemmschuh bei der pflichtgemäßen dienstlichen Entscheidung. Die Abmeldung aus den genannten Klubs und gesellschaftlichen Vereinigungen muß bis 31. Dezember 1933 vollzogen sein.

Die Aufstromarziisten von den Tschechen bewaffnet.

Wiener Stadtrat wegen Hochverrats verhaftet.

Im Zusammenhang mit dem kürzlich in Wien festgestellten großartigen Waffenschmuggel, den die österreichischen Maffisten auf der Donau betrieben, ist jetzt ein sozialdemokratischer Bezirksrat unter dem Verdacht des Hochverrats verhaftet worden. Auch seine Frau wurde verhaftet. Wie rinnerlich, bestand ein wesentlicher Teil des Waffenschmuggelgutes, das auf der Donau

von der Tschechoslowakei her in Fässern transportiert

wurde, aus Maschinengewehrmunition und Maschinengewehrbestandteilen. Die Verhaftung des Bezirksrates scheint die Polizei auf neue Spuren geführt zu haben. Offenbar stehen neue Verhaftungen bevor.

Bekanntlich waren gerade die Tschechen außer den Franzosen die lautesten Schreier in der Hirtensberger Waffensangelegenheit, die mit Schmuggel gar nichts zu tun hatte. Das hinderte aber nicht, den inoffiziellen Bundesgenossen des Herrn Dollfuß und Geanern der nationalen

Bewegung in Österreich ständig auf dem Schmuggelweg große Waffensendungen zu liefern. Daß der Waffenschmuggel durch internationale Bestimmungen verboten und zudem die Donau ein internationaler Verkehrsweg mit entsprechender Kontrolle ist, stört weder die tschechischen Rüstungsfabriken noch den tschechischen Außenminister Beneš.

Der Zusammenbruch des Marxismus in Spanien.

Von 473 Abgeordneten nur 99 rot.

Der spanische Innenminister hat folgendes Gesamtergebnis der beiden Wahlgänge vom 19. November und 3. Dezember für die Zusammenlegung des neuen spanischen Parlaments bekanntgegeben: Die Rechtsgruppen haben zusammen 207, die Mittelgruppen zusammen 167 und die Linksgruppen zusammen 99 Abgeordnete. Die Gesamtzahl der Abgeordneten in der neuen Kammer beträgt 473.

Es steht demnach fest, daß die Absage des spanischen Volkes an den Marxismus endgültig ist.

Von dem weiteren Vorgehen der Rechten, nämlich von der Fortdauer ihrer bisherigen Verbundenheit, wird die politische Zukunft des Landes abhängen. Maßgebend hierfür ist die Notwendigkeit, die Frage der Monarchie zurückzustellen, da sonst das Zusammenarbeiten mit der Mitte, die auf ausdrücklichen Wunsch der beiden stärksten Rechtsparteien die Regierung übernehmen soll, unmöglich gemacht wird.

Die Gliederung der gesamten SA.

Eine Bekanntmachung des Stabschefs Rühm.

Der Chef des Stabes, Rühm, erläßt, wie der „Völkische Beobachter“ mitteilt, folgende Bekanntmachung über die Gliederung der gesamten SA:

Die gesamte SA gliedert sich in Zukunft gemäß meiner Verfügung vom 6. November 1933 in SA (einschließlich SA), SA-Reserve I und SA-Reserve II.

Mit der Führung der SA-Reserve II habe ich den Oberst a. D. Reinhard beauftragt. Die SA-Reserve II umfaßt im allgemeinen die Angehörigen über 45 Jahre aller Verbände, wie Kfz-Häuserbund, Offiziers- und Regimentsvereine, Waffentringe, Marine- und Kolonialverbände und dergl., soweit deren Angehörige nicht schon in die SA oder SA-Reserve I eingegliedert sind. Bundes- und Vereinsleben und die damit zusammenhängenden Einrichtungen bleiben unberührt.

Die vorgenannten Bünde, Vereine usw. werden erst, baldigst mit dem Führer der SA-Reserve II, Oberst-Landesführer Reinhard, Berlin W 57, Pilsenerstraße 103, in Verbindung zu treten und ihn bei der Aufstellung der SA-Reserve II weitgehendst zu unterstützen.

Der Meinungsaustausch Rom-Moskau.

Gemeinsame Berührungspunkte in der Außenpolitik beider Länder.

Mit der jetzt erfolgten Abreise des russischen Außenministers Litwinow aus Rom ist ein politischer Besuch beendet worden, der zu zahlreichen Vermutungen und Auslegungen in der Weltöffentlichkeit Anlaß gegeben hat. Als einzige feststehende Tatsache ist jedoch nur zu verzeichnen, daß über den Inhalt der Unterredung zwischen Mussolini und Litwinow bisher strengstes Stillschweigen bewahrt wird. Im halbamtlichen „Giornale d'Italia“ sagt der Leiter des Blattes, Ganda, im Anschluß an Litwinows Feststellungen, daß Italien und Rußland außenpolitisch viele Berührungspunkte und gemeinsame Ansichten hätten: Beide Länder glaubten nicht an die Möglichkeit allgemeiner geltender Lösungen und richteten daher ihr ganzes politisches Bestreben auf die Schaffung unmittelbarer Beziehungen zwischen den verantwortlichen Faktoren der Weltordnung.

51000 Juden wanderten aus.

Der internationale Verwaltungsrat des Kommissariats für die deutschen Flüchtlinge trat zum erstenmal in Lausanne zusammen. Der Flüchtlingskommissar, der amerikanische Professor James MacDonald, erstattete Bericht über den Stand der jüdischen Flüchtlingsfrage. Er teilte mit, daß 60000 Flüchtlinge Deutschland verlassen hätten, von denen 51000 Juden seien. Mehr als 16000 Flüchtlinge seien polnischer oder anderer nichtdeutscher Staatsangehörigkeit. Die 60000 Flüchtlinge verteilten sich folgendermaßen: Frankreich 25000, Palästina 6500, Polen 6000, Tschechoslowakei 5000, Holland 5000, England 3000, Belgien 2500, Schweiz 2500, Skandinavien 1500, Österreich 800, Saargebiet und Luxemburg 500, andere Länder 1000.